

Gesamtdeutschland ist unverlierbar!

Feierliche Wiederwahl des Bundespräsidenten in Berlin

Berlin (Eigenbericht). Vier Tage lang hat Berlin, die eigentliche Hauptstadt Deutschlands, im Zeichen politischer Manifestationen gestanden, die den Willen des ganzen deutschen Volkes zur Einheit so wirkungsvoll unterstrichen, wie man es bisher selten erlebt hat. Um den festlichen Staatsakt der Wiederwahl des Bundespräsidenten, Prof. Theodor Heuss, durch die Bundesversammlung in der Ostpreußenhalle am Berliner Funkturm zog sich eine Fülle von Veranstaltungen. Die gesamte Bundesregierung, der Bundestag, die Vertreter der westdeutschen Länder und Städte waren zu diesen großen Tagen nach Berlin gekommen, um zu zeigen, daß Berlin und die Zone zu Deutschland gehören.

Mit der überwältigenden Mehrheit von 871 Stimmen bei 987 abgegebenen Stimmzetteln wählte die Bundesversammlung Prof. Heuss für weitere fünf Jahre zum Bundespräsidenten.

Zwölf Stimmen waren für den von den Kommunisten ohne sein Wissen als Kandidaten genannten Prof. Dr. Alfred Weber, Heidelberg, abgegeben worden. 95 Delegierte enthielten sich der Stimme, drei gaben ungültige Stimmzettel ab. Ferner waren je eine Stimme abgegeben worden für Bundeskanzler Adenauer, den ehemaligen Großadmiral Dönitz, Prinz Louis Ferdinand von Preußen, die Alterspräsidentin des Bundestages, Frau Dr. Lüders, Herzog Ernst August von Braunschweig und den Familienminister Würmeling. Die Mitglieder der Bundesversammlung und über 1000 Ehrengäste aus 22 Nationen, die sich zu dem Staatsakt versammelt hatten, nahmen diese Stimmen zum Teil mit Heiterkeit zur Kenntnis.

Ein Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung legte Bundespräsident Theodor Heuss in seiner ersten Ansprache nach seiner Wiederwahl vor der Bundesversammlung ab, die ihm immer wieder herzlichen Beifall spendete. Gesamtdeutschland sei unverlierbar, sagte er, und niemals von fremdem Entscheid

in seiner Geschichtswürde auszulösen. Insbesondere rief Heuss dazu auf, den Hilfswillen für die Landsleute in Mittel- und Ostdeutschland zu stärken und das geistige Einheitsbewußtsein der Nation zu erhalten. Für das deutsche Volk sprach er den Wunsch aus, Partner einer „breiteren freien Völkerordnung“ zu sein.

Der Bundespräsident wandte sich dann der gesamtdeutschen Frage zu und erinnerte unter lebhafter Zustimmung an seine Worte nach seiner ersten Wahl, daß Berlin an das Schicksal Westdeutschlands, das Schicksal Gesamtdeutschlands aber an Berlin gebunden sei.

Echte Repräsentation des Staates

Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers dankte Theodor Heuss in seiner Ansprache vor der Bundesversammlung dafür, daß er sein hohes Amt mit warmer Menschlichkeit ausgefüllt habe und in der Darstellung dieses Amtes den Bürgern so gegnet sei. „daß sie die echte Repräsentation des Staates darin empfanden“.

Nach einem Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre, in denen sich die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik festigt habe, unterstrich der Bundestagspräsident die Bedeu-

„Heute sind wir hier, um das, was politischer Wille und geistiges Bedürfnis forderten, im Symbolhaften darzutun.“ Alle politischen und wirtschaftlichen Bemühungen der Bundesrepublik hätten nur dann ihren tieferen geschichtlichen Sinn, wenn sie „als Starkmachen der Bundesrepublik für den Tag der Wiedervereinigung begriffen werden“.

Als die vornehmste Aufgabe der innerpolitischen Festigung, die auch in der völkerrechtlichen Stellung des Staates ihren Ausdruck finden müsse, bezeichnete Heuss die soziale Befriedung. Deutschland müsse Partner einer freien Völkerordnung sein, die die echten Werte ihrer Geschichte zu pflegen wisse.

Der Bundespräsident schloß seine Rede mit dem Aufruf, den Sinn der gemeinsamen Arbeit darin zu erblicken, daß das Recht zwischen den Bürgern und zwischen den Völkern herrsche, um die Freiheit der Bürger und Völker zu sichern und zu krönen.

tung Berlins. „Das starke Drängen darauf, daß die Bundesversammlung nach Berlin einberufen werden sollte, gründete sich auf dem Wissen, daß hier die Darstellung des Willens, die Einheit aller Deutschen wiederherzustellen, am überzeugungskräftigsten möglich ist. Wir beziehen aber heute in diese Bekundung unseres Willens nicht nur Berlin ein, sondern auch die weiten Gebiete, in denen die Menschen wohnen, die durch die Folgen der Politik anderer Mächte noch von uns getrennt sind.“

J. B. GRADL:

Das muß ein Anfang sein!

Für weitere fünf Jahre wurde nun das deutsche Staatsoberhaupt, der Bundespräsident, gewählt. Mit überwältigender Mehrheit gewählt, so daß es nicht zu rätseln lohnt, ob die Stimmen der Enthaltung aus BHE und SPD oder auch aus anderen Reihen kamen; in jedem Fall bewiesen sie die demokratische Freiheit des Wahlganges.

Es war ein Wahlakt, der nichts von dem an sich hatte, was sonst mit Wahlen verbunden zu sein pflegt, kein packender Wahlkampf, kein Risiko des Wahlausganges — und die Eintönigkeit des einstündigen Namensaufrufes zur namentlichen Abstimmung unterstrich noch das Fehlen äußerer Spannung. Vielleicht war davon der eine oder andere enttäuscht unter all denen, die in der Ostpreußenhalle, am Rundfunk oder durch Fernsehen dem Wahlakt folgten.

Deshalb sei gesagt, was sich eigentlich von selbst versteht, daß nämlich in der Einmütigkeit und Gelassenheit des Geschehens etwas sich ausdrückte, worum uns manches Land in der europäischen Nachbarschaft beneidet: die innere Festigkeit des jungen deutschen Staatswesens, das vor fünf Jahren sozusagen am absoluten Nullpunkt begann.

Ein persönlicher Erfolg

Die Festigung des deutschen Kernstaates in diesem halben Jahrzehnt ist nicht nur Gunst des Schicksals, sie ist auch nicht bloß das Werk einzelner Männer oder Gruppen. Sie ist vor allem das Werk der Gesamtheit des Volkes, das unverdrossen mit Eifer und Selbstvertrauen an seine Arbeit ging und so seinen politischen Repräsentanten das Fundament gab für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau. Jedoch, daß Theodor Heuss eine so überwältigende Mehrheit auf sich vereinte und damit unserem Volke einen verbitternden Wahlstreit ersparte, das ist ein echter persönlicher Erfolg. Das Amt des Bundespräsidenten ist nicht nur Repräsentation, doch ist es

im Grundgesetz auch nicht mit starken Rechten ausgestattet. Aber es hat sich — insbesondere im Verfassungsstreit um die EVG — gezeigt, daß der Bundespräsident mehr politisches Gewicht haben kann als das Verfassungswort vermuten läßt. Daß Theodor Heuss jetzt so einmütig gewählt wurde, zeigt, daß er sich das Ansehen eines über dem Ganzen stehenden Mannes erworben hat.

Mit der jetzigen Wahl wurde „auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war“ (wie es in der Präambel des Grundgesetzes über seine Geltung für das ganze deutsche Volk heißt). Die Not der Spaltung Deutschlands bedrückt uns heute noch mehr als zur Zeit der ersten Wahl des Bundespräsidenten 1949. Die Jahre von 1949 bis 1954 waren in der Bundesrepublik Jahre eines vorher nicht für möglich gehaltenen Wiederaufbaues in jeder Hinsicht. Aber in denselben Jahren mußte deutsches Volk jenseits einer willkürlich gezogenen Trennungslinie einen Leidensweg sondergleichen gehen. Und es ist doch hüben und drüben dasselbe deutsche Volk! Die Aufgabe, es zu einem freien Leben nach eigenem Stil und Gesetz wieder zusammenzuführen, diese höchste Aufgabe konnte nicht bewältigt werden, sondern steht größer und dringender denn je vor uns.

Der erste Akt

Von dieser Aufgabe her gesehen ist die Tatsache so bedeutsam, daß diese zweite Wahl des Bundespräsidenten nicht in Bonn, sondern hier in Berlin vor sich gegangen ist. Es ist das der erste große staatsrechtliche deutsche Akt, der seit dem Zusammenbruch wieder in der deutschen Hauptstadt stattgefunden hat.

Wir wollen heute nicht darüber rechten, ob wirklich so viele Jahre vergehen mußten, bis dieser Schritt getan wurde. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Verantwortlichen eines wiedererstehenden deutschen Staates nach allem, was im deutschen Namen über die Welt gekommen war, besonders behutsam und rücksichtsvoll sein müssen. Und wir haben in Rechnung zu stellen, daß manch einem bei unseren westlichen Nachbarn die Vorstellung eines

wiedervereinigten Deutschland Unbehagen und Sorge macht. Aber es wäre dennoch falsch gewesen, aus solchen Gründen und Rücksichten weiterhin der Hauptstadt fernzubleiben. Unseren Willen, den Willen des ganzen Volkes zu Wiedervereinigung und staatlicher Einheit können wir niemals verbergen, und wir dürfen es auch nicht.

Wie wenig aber verstehen von dem, worauf es bei der Entscheidung für den Wahlort Berlin eigentlich ankam, diejenigen, die bis in die letzten Tage über Beschwerden der Verbindungen, über unnütze Kosten für einen einmaligen Staatsakt, über den Aufwand Berlins für diese Tage ihren Unmut äußerten.

Aber das ist letztlich so unwichtig gegenüber dem anderen, daß endlich der neue deutsche Staat in verbindlicher Weise Besitz genommen hat von der Stadt. Von dieser Stadt, die nicht durch deutschen Willen, sondern nur durch fremde Macht an der ununterbrochenen Erfüllung ihrer Aufgabe als deutsche Hauptstadt gehindert wurde. Es war höchste Zeit, daß er Besitz nahm, um so mehr, als dieses Berlin in seinem Ostteil von einem volksfremden System als Hauptstadt mißbraucht wird.

Die Sowjets und ihre deutschen Helfershelfer haben 1945 bei der Aufteilung der Stadt sehr genau gewußt, warum sie gerade am Stadtkern Berlins mit seinen bei aller Zerstörung doch traditionsgesättigten Plätzen und Straßen festhielten. Sie wußten auch sehr genau, warum sie mit ebenso brutalem wie riskantem Zugriff 1948 durch die Blockade diese Stadt in ihre Hand zu bringen suchten, vergeblich Gott sei Dank. Wer die Hauptstadt eines Landes in seine Hand nimmt, hat mehr als eine Stadt. Er bringt damit all das, was dort aus der Geschichte und Tradition eines Volkes an materiellen und vor allem an Gefühlswerten gesammelt ist, in seine Gewalt.

Nicht auf verlorenem Posten

Aber damit erschöpft sich die Bedeutung Berlins für die deutsche Gegenwart und Zukunft nicht. Die achtzehn Millionen ringsum brauchen Hilfe und Stärkung, mehr, viel mehr als

(Fortsetzung auf S. 3)

Ringens um Wiedervereinigung!

Paul Löbe Präsident des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“

Berlin (Eigenmeldung). In der Eichengalerie des Charlottenburger Schlosses wählte das Kuratorium der Volkswegung „Unteilbares Deutschland“ in Gegenwart von Bundespräsident Prof. Heuss, Bundeskanzler Dr. Adenauer und Bundestagspräsident Dr. Ehlers den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe zu seinem Präsidenten.

An der Sitzung nahmen Mitglieder der Bundesversammlung, unter ihnen der Führer der Opposition, Erich Ollenhauer, der Bundesregierung, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Dr. Schreiber, und Dr. Thomas Dehler, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Freitag, Baufrat Dr. h. c. Spennrath u. a. teil.

Beweise der Solidarität

Löbe sagte nach seiner Wahl in einer kurzen Ansprache, er folge nur der Pflicht, wenn er die Wahl annehme. Alle Menschen, die guten Willens seien, müßten helfen, das freie Deutschland zu schaffen. Der Sowjetzonenbevölkerung, die ohne Verschulden ein schweres Schicksal trage, müßten Beweise der Solidarität gebracht werden. Jedem Deutschen gebe die häufig abgegebene Erklärung „Wir haben Euch nicht vergessen!“ die Pflicht auf, jeden Tag zu überlegen, ob er nicht seinen Verwandten und Freunden in der Zone eine Stunde der Hoffnung und der Zuversicht geben könne.

Überall Zustimmung

Zu Beginn der von Jakob Kaiser geleiteten Sitzung erklärte der Minister für gesamtdeutsche Fragen, der Wille, die innere Einheit unseres zerrissenen Volkes zu bewahren und die Wiedervereinigung voranzutreiben sei viel stärker als nach außen in Erscheinung trete. Seit der Gründung des Kuratoriums sei eine wahre Flut von Zustimmungserklärungen und Bekundungen der Bereitschaft zur Mitarbeit eingegangen.

Im Verhältnis von Deutschen zu Deutschen solle die Propaganda abgeschafft werden. Jede Fühlungnahme mit den Menschen der sowjetischen Zone, ob anlässlich des FDJ-Treffens Pfingsten in Berlin oder des Evangelischen Kirchentages in Leipzig, beweise nur eins: die

18 Millionen Deutschen der Zone wollten menschliche Begegnung und geistige weltanschauliche und soziale Auseinandersetzung, aber keine Propaganda, auch nicht mit gefüllten Schaufenstern.

Zur Organisation der Volksbewegung teilte Kaiser mit, daß die Arbeit sich vorwiegend auf die freiwillige Zusammenarbeit von Vertretern der Organisationen stützen solle, die im Kuratorium vertreten seien. Wo die örtlichen Zusammenschlüsse noch nicht begonnen hätten, solle es unverzüglich geschehen.

Das muß ein Anfang sein!

(Fortsetzung von S. 2)

der vom „Wirtschaftswunder“ befriedigte Bürger der Bundesrepublik sich vorstellt. Nicht nur materielle Hilfe — obwohl sie wichtig genug ist —, sondern die seelische und politische Hilfe, die in der Gewisheit liegt, nicht auf verlorenem gegebenem Posten zu stehen.

Und diese Hilfe kann heute, im zehnten Jahr der mitteldeutschen Not, nicht mehr nur durch Worte der Verbundenheit gegeben werden, auch wenn sie noch so feierlich und noch so ernst gemeint sind. Wer das drüben aushält, besteht, widersteht, der braucht überzeugende Taten, um die Hoffnung nicht zu verlieren. Eine solche Tat ist das sichtbare Besitznehmen der Bundesrepublik von der wirklichen Hauptstadt.

Plenarsitzung nach Berlin

Die Welt ist in politische Bewegung geraten. Wohin diese Bewegung führt, weiß heute niemand. Gesucht wird ein Zustand friedlicher Ausgeglichenheit. Es scheint so, als ob die Teilung umstrittener Länder der derzeitigen Weisheit letzter Schluß ist. Es ist sehr wohl möglich, daß sich in absehbarer Zeit die Aufmerksamkeit der

Der Fortfall der Interzonenpässe erleichtere die Aufnahme der Fühlung mit einzelnen und mit Gruppen. Für den freiheitsliebenden Deutschen des Westens bestehe keine Gefahr, vom System des Ostens betört zu werden. Für den Westdeutschen könne der Einblick in den Ernst der Sowjetzone nur heilsam sein. Die Menschen der Sowjetzone brächten in den Westen ihre aus Leid und Entbehrung geborene Verinnerlichung mit. Ihnen müsse das Reisen in den deutschen Westen und Süden materiell so leicht wie möglich gemacht werden. Es müsse eine große Anzahl von Mitarbeitern mit einem festen geistigen und menschlichen Standort herangebildet werden, die ohne Sturheit und Propaganda sich allen Wiedervereinigungsfragen widmen. Die Kenntnis und das Miterleben der Zustände in Mitteldeutschland müssen in jedes Dorf getragen werden.

Welt wieder stärker auf Europa und Deutschland konzentriert.

Um so eindrucksvoller müssen wir der Welt demonstrieren, daß wir niemals Ruhe geben können und daß es in Europa niemals Ruhe geben wird, solange Deutschland nicht seine staatliche Einheit zurückerhalten hat. Einer der besten Beweise ist das Festhalten an der Hauptstadt Berlin.

Der Präsident des Bundestages hatte recht, als er in seiner Antwort auf die beschwörenden Worte des Bundespräsidenten betonte, daß „die Darstellung des Willens zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands hier in Berlin am überzeugendsten möglich ist“. Jedoch, das dürfen wir mit der Gewisheit des Einvernehmens mit Hermann Ehlers hinzufügen, nur dann, wenn diese Tage nicht eine Ausnahme sind, sondern ein Anfang.

Bundestag und Bundesrat sollten fortsetzen, was mit der zweiten Bundesversammlung jetzt begonnen wurde. Alle Kosten und Beschwerden wiegen nichts gegen den nationalpolitischen Gewinn, der sich ergäbe, wenn Bundestag und Bundesrat in Zukunft auch Plenarsitzungen in Berlin abhalten würden.

Triumphfahrt durch Berlins Straßen

Berlin feierte Theodor Heuss trotz strömenden Regens

Berlin (Eigenbericht). Die Mitglieder der Bundesregierung und der Bundesversammlung, die am Dienstag Berlin wieder verließen, haben erklärt, der herzliche Empfang, der ihnen überall bereitet wurde, habe sie tief berührt. Wehende Fahnen und winkende Menschen, die am Straßenrand standen, bewiesen ihnen während ihres ganzen Aufenthaltes, wie sehr man sich über den Besuch freute. Vor allem dem Bundespräsidenten wurden begeisterte Ovationen dargebracht, wo er sich auch nur zeigte.

Tausende warteten schon bei seiner Ankunft vor dem Flughafen Tempelhof, an den Straßen, durch die er fuhr und vor seinem Wohnsitz im Grunewald. „Heuss, bleib hier!“ rief man ihm überall zu.

Zu einem Triumphzug gestaltete sich am Sonnabendabend die Fahrt des wiedergewählten Bundespräsidenten Theodor Heuss vom Messegelände am Funkturm zum Schöneberger Rathaus. Trotz des strömenden Regens warteten Tausende von Berlinern stundenlang an der Straße und vor allem vor dem Schöneberger Rathaus selbst, um Theodor Heuss zu begrüßen.

Während der Wagen des Bundespräsidenten bei der Abfahrt noch geschlossen war, ließ Heuss, als er die jubelnden Berliner sah, die Kolonne halten und das Verdeck zurückschlagen.

Besonders herzlich war die Begrüßung des Bundespräsidenten

stets unter den S-Bahnbrücken, an Wartehallen, Bahnhofseingängen und Schaufensterpromenaden, wo die Berliner Schutz vor dem Regen gesucht hatten. Immer wieder wurden Blumensträuße geworfen, Papierfähnchen und Taschentücher geschwenkt.

Brausende Hochrufe erschollen auf dem Vorplatz des Schöneberger Rathauses, auf dem eine vielfausendköpfige Menge zum Teil schon seit zwei Stunden wartete.

Als der regemasse siebzigjährige Bundespräsident aus dem offenen Wagen stieg, verstärkte sich der Applaus zu lautem Jubel.

Spontan stimmten die Berliner die Nationalhymne an, als sich später Theodor Heuss, Bundeskanzler Adenauer und Bundestagspräsident Ehlers noch einmal auf dem Balkon des Rathauses zeigten.

Zu Pressevertretern sagte Heuss bewegt: „Schön war diese Fahrt, so schön, wie sie einem Menschen nur zuteil werden konnte.“

Adenauer begrüßte Heimkehrer

Berlin (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer begrüßte am Sonnabend, unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin, im Schöneberger Rathaus eine Gruppe von ehemaligen politischen Häftlingen, die in dieser Woche aus sowjetzonalen Gefängnissen entlassen worden sind.

Der Bundeskanzler hieß die ehemaligen Häftlinge mit herzlichen Worten „in der Freiheit, bei Freunden“ willkommen und gab seiner Überzeugung Aus-

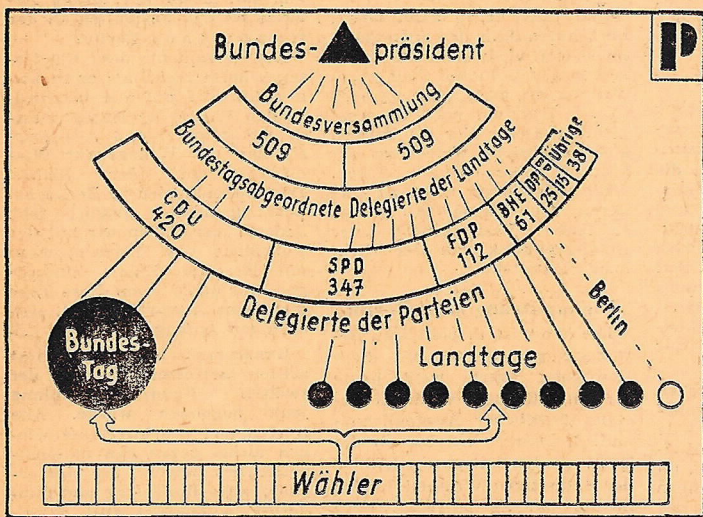
druck, daß der Tag der Freiheit für alle kommen wird, „wenn wir uns selbst treu bleiben und den Weg weitergehen, den wir eingeschlagen haben.“

Bundesminister Kaiser gedachte all derer, die noch nicht entlassen sind und forderte die Heimkehrer auf, zu ihm zu kommen und ihm von ihren Nöten zu berichten, damit er dem Bundestag konkrete Vorschläge für Hilfeleistungen machen könne.

Reiches Programm

Berlin (Eigenmeldung). Die Fülle der Veranstaltungen, die anlässlich des Bonner Besuchs in Berlin stattfanden, läßt sich kaum aufzählen. Im Olympiastadion verlieh Prof. Heuss den deutschen Fußball-Weltmeistern als höchste deutsche Sportauszeichnung den Silbernen Lorbeer.

Eine Feierstunde in der Freien Universität, wo der Bundespräsident eine eindrucksvolle Gedenkrede anlässlich des zehnten Jahrestages der Erhebung vom 20. Juli 1944 hielt, leitete eine Reihe weiterer Gedenkfeiern ein. Am Grab Ernst Reuters legten der Bundespräsident und der Bundeskanzler Kränze nieder.



So wurde der Bundespräsident gewählt

Tribunal gefordert

Madrid (DPA). Der republikanische Abgeordnete des USA-Kongresses, Charles Kersten, forderte vor seiner Abreise aus Europa nach Washington die Schaffung eines internationalen Tribunals zur Aburteilung der führenden Kommunisten, die „für die Versklavung von Millionen von Menschen verantwortlich sind“.

Kersten ist der Vorsitzende des Kongreßausschusses zur Untersuchung kommunistischer Aggression in Europa.

Mehr Hilfsmaßnahmen

Bonn (DPA). Die Fraktionen der Koalitionsparteien haben die Bundesregierung in einem Antrag ersucht, zusätzliche Hilfsmaßnahmen für ehemalige politische Häftlinge aus der sowjetischen Besatzungszone zu erwägen. Die SPD-Fraktion hatte bereits einen ähnlichen Antrag gestellt.

Endgültiges Verbot der FDJ

Zur verfassungsfeindlichen Organisation erklärt

Karlsruhe (DPA). Das Bundesverwaltungsgericht hat das von der Bundesregierung am 26. Juni 1951 erlassene Verbot der kommunistischen FDJ in Westdeutschland bestätigt. Nach dieser Entscheidung ist den Gerichten die rechtliche Möglichkeit gegeben, auf Grund des Paragraphen 129a des Strafgesetzbuches jeden mit Gefängnis zu bestrafen, der die Vereinigung der FDJ fortführt, ihren organisatorischen Zusammenhang auf andere Weise aufrechterhält, sich als Mitglied an ihr beteiligt oder sie auf andere Weise unterstützt.

In der Urteilsbegründung führte der Präsident des ersten Senats, Dr. Frege, aus, die FDJ der Bundesrepublik und die der Sowjetzone bilde nach Programm und Zielsetzung eine Einheit, wobei die Frage der Organisation keine Rolle spiele. Die FDJ bekenne sich zur Lehre Lenins. Sie wolle die Diktatur des Proletariats verwirklichen, und zwar nicht erst nach der Beseitigung der Spaltung Deutschlands, sondern schon baldmöglichst. Dies ergebe sich aus ihren fortgesetzten Auf-

rufen zu Demonstrationen und Streiks. Die FDJ wolle durch ihre Arbeit gewaltsam eine neue Staatsform vorbereiten. Sie sei somit eine verfassungsfeindliche Organisation.

Der erste Senat des Bundesverwaltungsgerichts war zu der Verhandlung eigens von Berlin nach Karlsruhe gekommen. Die Bundesregierung hatte beantragt, das am 26. Juni 1951 erlassene Verbot gerichtlich zu bestätigen. Dagegen hatte die FDJ beantragt, das Verbot für rechtswidrig zu erklären.

Washington (AP/DPA). Die Regierungen der USA und Großbritannien haben gleichzeitig bekanntgegeben, daß sie beabsichtigen, der Bundesrepublik unverzüglich die Souveränität zu gewähren, wenn die französische Nationalversammlung den EVG-Vertrag nicht vor Abschluß der gegenwärtigen Sitzungsperiode ratifiziert. Die Parlamentsferien beginnen nach den bisherigen Plänen am 15. August. Frankreich soll aufgefordert werden, den Deutschland-Vertrag in Kraft zu setzen, ohne Rücksicht auf das augenblicklich bestehende Junktim zum EVG-Vertrag. Die deutsche Wiederbewaffnung würde bei einem solchen Vorgehen vorläufig aufgeschoben werden.

Die amerikanische Bekanntmachung ist in einem Brief von Außenminister Dulles an den Kongreß enthalten, die britische in einer Erklärung Churchills vor dem Unterhaus.

Dulles spricht in seinem Schreiben zugleich erneut die Hoffnung aus, daß Frankreich und Italien den EVG-Vertrag noch „in nächster Zeit“ ratifizieren. Wenn man der Bundesrepublik, so heißt es weiter, auch in Zukunft die Souveränität vorenthalte, so riskiere man

damit die Gefahr einer Entwicklung in Deutschland, die andere Nationen beunruhigen würde. Warte man andererseits noch länger mit der Eingliederung der Bundesrepublik in die gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen, so verlängere man die Deutschland und der ganzen freien Welt drohende Gefahr. Eine Einigung über die Inkraftsetzung des Deutschland-Vertrages würde bei allseitigem Einverständnis in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich sein und der Bundesrepublik den Rechtsstatus verschaffen, auf den sie seit über zwei Jahren warte.

Die führenden Mitglieder des US-Senats werden in der nächsten Woche zusammen mit Außenminister Dulles das weitere Vorgehen der USA in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Souveränität besprechen.

Protest gegen Spionage

Oslo (DPA). Norwegen hat in einer Note an die Sowjetunion nachdrücklich gegen die Spionagetätigkeit von Mitgliedern der Sowjetbotschaft in Oslo protestiert. Der Sowjetbotschafter wies den Protest zurück und ersuchte um „Maßnahmen gegen die feindliche Haltung der Polizeibehörden gegenüber der Botschaft“.

Semjonow abgelöst

Berlin (AP). Der Moskauer Rundfunk hat bekanntgegeben, daß der Ministerrat der Sowjetunion den stellvertretenden Außenminister Georgij M. Puschkin zum sowjetischen Botschafter in Ostberlin ernannt hat. Puschkin löst den sowjetischen Oberkommissar in Deutschland, Wladimir S. Semjonow, ab.

Als Vertreter der Bundesregierung begründete Ministerialdirektor Hans Egidi das Verbot. Die gerichtliche Entscheidung solle zugleich den Zugriff gegen die Mitläufer der illegalen Organisation ermöglichen. Die FDJ sei ein Stoßtrupp für die Ausdehnung des kommunistischen Regimes der Sowjetzone auf die Bundesrepublik.

Der Ostberliner Rechtsanwalt Dr. Kaul (SED), der die FDJ vertrat, erklärte, zwischen der FDJ der Sowjetzone und der FDJ der Bundesrepublik bestehe nur eine ideologische, aber keine organisatorische Verbindung.

Die teuren Streifen der DEFA

Ackermann soll sich bewähren — Ideologie kostet Geld

Berlin (Eigenbericht). Wenn von den Finanzen der DEFA die Rede ist, steht in der „Hauptverwaltung Film“ von Johannes B. Bechers Kulturministerium das Barometer auf Sturm. Es ist keine Frage: die Filme, mit denen die DEFA die Sowjetzone versorgt, werden immer „wertvoller“ — allerdings nur von den Kosten her gesehen. „Schlendrian und Mißwirtschaft müssen in der DEFA endlich ausgemerzt werden“, verlangten schon vor einiger Zeit drohend die SED-Gewaltigen in Pankow. Wenn der Ex-Staatssekretär des Außenministeriums, Anton Ackermann, wüßte, wie er das zuwege bringen soll, wäre ihm wohlher. Denn wenn er es nicht schafft...

Auf „Bewährungsposten“ sitzt er hier als Chef der „Hauptverwaltung Film“, seit er aus der Zaisser-Herrnstadt-Affäre mit einem blauen Auge davongekam. Noch im „Jahr der großen Initiative“ soll er dafür sorgen, daß in der Produktion von DEFA-Filmstreifen nicht nur die Ideologie, sondern auch die Kasse stimmt. Als warnendes Beispiel hat er seinen Vorgänger, den ehemaligen Vorsitzenden des „Staatlichen Komitees für Filmwesen“, Sepp Schwab, vor Augen. Der wurde Anfang Januar 1954 aus dem munteren DEFA-Betrieb als Botschafter in die Budapester Wüste geschickt.

Trostlose Bilanz

Die DEFA-Bilanz, die er hinterließ, war wirklich trostlos: Im Jahre 1953 wurden der DEFA rund 28 Millionen Mark aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt. Dafür sollten 16 Spielfilme hergestellt werden. Tatsächlich wurden nur sechs Filme herausgebracht, einschließlich der Überläufer von 1952. Die 28 Millionen aber waren restlos ausgegeben!

Die Hauptschuld daran traf allerdings nicht einmal die Produktionsleiter, künstlerischen Mitarbeiter und Regisseure der DEFA, sondern die für die Filmwirtschaft verantwortlichen Genossen im ZK der SED. Der „Neue Kurs“ führte im zweiten Halbjahr 1953 zu erheblichen Umstellungen und Produktionsstockungen, und das ergab zwangsläufig Leerlauf- und Stillstandskosten. Dazu kam dann die unglaubliche Verschwendungssucht der DEFA-Leute.

Ideologie auf der Leinwand kostet immer Geld, aber 28 Mil-

lionen für sechs Filme — das ging zu weit. Anton Ackermann hat allerdings längst erkennen müssen, daß er, der vom Film überhaupt nichts versteht, an der Verschwendungssucht in der DEFA nicht mehr ändern kann als der Ex-Redakteur Schwab.

Je teurer, desto besser

Sparsamkeit widerspricht nämlich den einfachsten Sitten und Gebräuchen, die sich im sowjetzonalen Filmwesen herausgebildet haben. Man versucht hier seit langem, die geistige Armut und das dementsprechende Niveau der Filme hinter hohen Gestehungskosten zu verstecken. Denn — und das meinen die von Fachkenntnissen ungetriebenen Ideologen der SED ernsthaft — je teurer ein Film ist, desto besser und wertvoller muß er selbstverständlich sein.

Anders herum: Je mehr Ideologie in einem Streifen steckt, desto mehr muß er kosten. Der Thälmann-Film, der neun Millionen Mark verschlang, statt der ursprünglich geplanten sechs Millionen, ist der teuerste Film der Produktion 1953 gewesen, und gleichzeitig der „wertvollste“. Daß er sehr geringe Besucherzahlen und einen geradezu lächerlichen Einspielerlös hatte, ist dabei unwichtig.

Nationalpreise winken

Nach diesem System streben Regisseure und Künstler danach, möglichst teure Tendenzfilme zu drehen, die schon durch ihre Kosten die Aufmerksamkeit auf sich lenken und den Schluß nahelegen, daß ihre Qualität den Millionen entspricht, die man dafür ausgegeben hat.

So einen teuren, von der Partei beachteten Film herzustellen, ist für die Beteiligten ein gutes Geschäft: Er bringt die Nationalpreise und 100 000-Mark-Prämien.

Neben dieser „alltäglichen“ Verschwendung gibt es dann die Sonderfälle, auf die die verärgerten Funktionäre im Pankower Finanzministerium gern hinweisen, wenn es um die spurlos verschwundenen DEFA-Millionen geht.

„Stillstandskosten“

Im ersten Halbjahr 1953 zahlte die DEFA 1,2 Mill. Mark Honorare und Gagen an Künstler, ohne daß etwas dafür geleistet wurde. Diese 1,2 Mill. wurden später als „Stillstandskosten“ verbucht. Viele Künstler, die hier „auf Eis gelegt waren“, empörten sich darüber. Der Schauspieler Kurt Bois z. B. trug sich mit dem Gedanken, gegen die DEFA zu klagen, weil er seit dem 1. April 1951 zwar ein festes Monatsgehalt von 6600 Mark bekam, aber keine Rollen erhielt, obwohl ihm im Vertrag jährlich zwei Hauptrollen zugesichert waren. Die DEFA hatte Bois, der von ihr anfangs als einer der wenigen namhaften „künstlerischen Mitarbeiter“ herausgestellt wurde, für rund 80 000 Mark jährlich sozusagen als „künstlerische Ware erster Qualität“ gehortet.

Um Bois von der Klage zurückzuhalten, gab ihm die DEFA einen neuen Vertrag, nach dem er im Jahre 1954 120 000 Mark erhält und in dem ihm gleichzeitig die Regie für den Film „Polterabend“ der 1954er Produktion fest zugesichert wurde.

Obendrein erhielt Bois als zinsloses Darlehen 12 000 Westmark im Verhältnis 1:1 als Vorschuß auf den für 1954 abgeschlossenen Hauptvertrag.

Der Film „Kleine Sommerferienliebe“, der 1953 mit einem Aufwand von 100 000 Mark hergestellt wurde, ist vom sogenannten „Künstlerischen Rat“ des Staatlichen Filmkomitees wegen „ideologischer Fehler“ abgelehnt worden. Die Arbeit und die Kosten waren umsonst.

Ein peinlicher Prozeß

10 Jahre Zuchthaus für Ex-Minister Hamann

Versäumte Lieferfristen wegen Materialmangels sind in der SED-Wirtschaft nichts Neues. Daß nun aber auch die SED-Justiz verspätet liefert... Die zehn Jahre Zuchthaus, die das Oberste Gericht der Sowjetzone jetzt in aller Stille über den Ex-Versorgungsminister Dr. Karl Hamann verhängte, waren seit seiner Verhaftung im Dezember 1952 fällig. Aber die SED-Justiz konnte sie einfach nicht liefern, weil kein Material gegen Hamann zu beschaffen war. So sprach sie an Stelle des großen Schauprozesses, der die Wirtschaftskatastrophe von 1952/53 bemänteln und dem „Saboteur“ Hamann in die Schuhe schieben sollte, ihr Urteil heimlich in einem Prozeß, von dem ADN noch nicht einmal sagt, wo und wann er stattgefunden hat.

Eine peinliche Angelegenheit für die Staatspartei, diese Lieferverzögerung! 1952/53 mußte man sich mühsam ohne Schauprozess herausjagen, und jetzt, wo die nächste Wirtschaftskrise sich schon ankündigt, verurteilt man den Mann, der angeblich allein an allem schuld war, und der seither hinter Gittern gesessen hat. Für das augenblickliche Dilemma kann man ihn also beim besten Willen nicht verantwortlich machen. Was man damals verbergen wollte, zeigt sich nun erst recht: das System ist schuld an dem ewigen Mangel. Nicht Hamann oder der nächste Stündenbock.

Ein Vopo auf 100 Einwohner

London (AP/DPA). Die Polizeikräfte der Sowjetzone sind im Verhältnis zur Bevölkerungszahl viereinhalbmals so stark wie die der Bundesrepublik. Dies wird in einem Weißbuch über die Volkspolizei festgestellt, das die britische Regierung veröffentlichte.

Während in der Bundesrepublik auf 450 Einwohner ein Polizist kommt, gibt es in der Sowjetzone für je 100 Einwohner einen Polizisten. Außer 55 000 Mann Schutzpolizei, 12 000 Mann Sicherheitspolizei und 25 000 Mann Grenzpolizei beständen in der Zone ausgesprochen militärische Einheiten von 80 000 bis

Verständlich, daß die SED-Justiz sich mit ihrem Spätzügler-Prozeß in einen stillen Winkel verkehr. Denn es gibt noch einige peinliche Punkte, wie etwa die Anklage, Hamann habe „der Bevölkerung große Bestände an Lebensmitteln und Industriewaren“ vorenthalten. Wo sollen die Bestände eigentlich gewesen sein? Grotewohl

selbst gab bald darauf bekannt, daß des Mangels wegen die Staatsreserven freigegeben würden. Von den riesigen gehorteten Reserven des Versorgungsministers hatte man also wohl nichts gefunden.

Damals hatte die Bevölkerung von der ganzen SED-Propaganda nichts. Jetzt hat die SED-Propaganda von dem Urteil gegen Hamann nichts. Das ist wenigstens ein Schimmer von ausgleichender Gerechtigkeit.

Sowjet-Denkmal verschwindet

Abtransport geplant — Ein Stein des Anstoßes

Berlin (AP/DPA). Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, General Gretschko, hat das amerikanische Hauptquartier in Heidelberg um Genehmigung gebeten, das sowjetische Panzerdenkmal auf der Potsdamer Chaussee im US-Sektor Berlins von seinem jetzigen Standort entfernen zu dürfen. Die Dienststelle General Gretschkos will Verhandlungen mit den amerikanischen Militärbehörden in Berlin darüber aufnehmen.

Das Panzerdenkmal, das 1945 von den Sowjets in Zehlendorf errichtet wurde, war ein ständiger Stein des Anstoßes und häufiger Gegenstand von Notenwechseln zwischen Sowjets und Amerikanern. Einmal war das Denkmal von unbekanntem Täter mit Benzin übergossen und angezündet worden. Im August 1952 hatte man den Sockel des

Panzers mit der Aufschrift versehen: „Berlin ist nicht Korea, raus mit dem Sowjetpanzer!“

Am ersten Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni wurde bei dem Panzerdenkmal eine Gedenktafel für die 17 hingerichteten Sowjetoffiziere und -soldaten aufgestellt, die sich geweigert hatten, auf demonstrierende deutsche Arbeiter zu schießen. Ein großes Holzkreuz gegenüber dem Denkmal ist dem Gedenken an die Opfer des Stalinismus gewidmet.

Auf Kosten des Steuerzahlers

Berlin (Eigenmeldung). Wie schlecht und wie kostspielig die verstaatlichte Bauwirtschaft der Sowjetzone auf Kosten des Steuerzahlers arbeitet, beweisen folgende Beispiele:

Die Staatsoper Unter den Linden sollte bereits am 1. Januar 1954 eingeweiht werden. Dieser Termin wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, obwohl bis 1953 ohne die Enttümmerungskosten insgesamt mehr als 82 Mill. Ostmark verbaut worden sind. Die geringfügigen Umbauten im Bahnhof Friedrichstraße haben 1953 rund 4 Mill. und die Erweiterung des Bahnhofs Wuhlheide sogar 16 Mill. Ostmark verschlungen.

FDJ-„Aufklärungsaktion“

Berlin (Eigenmeldung). Aus dem Zentralrat der FDJ wird bekannt, daß innerhalb der FDJ-Gruppen in Kürze eine „Aufklärungsaktion gegen religiöse Verwirrung“ eingeleitet werden soll. Man will damit dem nachhaltigen Eindruck des Evangelischen Kirchentages in Leipzig entgegenwirken.

85 000 Mann. Diese Verbände seien schätzungsweise mit 1300 Panzern und Sturmgeschützen und 1300 Feld-, Pak- und Flakgeschützen ausgerüstet.

Friedenskämpfer — so und so

Chemnitz (Eigenmeldung). Bei einer Werbung für die Kasernierte Volkspolizei in einem Chemnitzer Betrieb kam es zu Zwischenfällen, als dem KVP-Werber während seiner Rede mehrere Jugendliche zuriefen: „Wir sind gegen die Ausrüstung, wir haben für den Frieden gestimmt.“ Die Versammlung wurde sogleich abgebrochen.

Programm der Berliner Festwochen

Im Vordergrund das Schauspiel

Die „Berliner Festwochen“, die vom 18. September bis zum 5. Oktober stattfinden, bringen wieder interessante Inszenierungen sowohl auf dem Gebiet des Theaters wie in der Oper. Der Hauptakzent soll diesmal auf dem Schauspiel liegen.

Das Schiller-Theater kündigt außer „Faust I“ das von Milhaud vertonte Bühnenwerk Claudels „Christoph Columbus“ an. Das Schloßpark-Theater bringt die alte Berliner Posse „Kyritz-Pyritz“. Mit einer interessanten Anschaulichkeit wartet das Kurfürstendamm-Theater auf: O'Neills „Ein Mond für die Beladenen“. Im Renaissance-Theater wird Patricks Komödie „Das kleine Teehaus“ mit Oskar Karlweis in der Hauptrolle aufgeführt. Das Gastspiel der Produktion Tyrone Guthrie (Edinburgh) mit dem Lustspiel von Thornton Wilder „The Matchmaker“ findet im Hebbel-Theater statt. In die Komödie wird mit der Pantomime „Bilderbogen aus Amerika“ ein von Ernst Josef Aufrecht geleitetes Ensemble einziehen. Für die Regie zeichnet Egon Monk, die Bühnenbilder hat George Grosz entworfen. Die Tribüne sieht die Komödie „Leocadia“ von Anouilh vor, in der Hermine Körner gastieren wird und als Studioaufführung „Galgenstrick“ von H. H. Kirst.

Die für die Festspiele vorgesehene Erstaufführung der Städtischen Oper, Verdis „Nabucco“, steht unter der Regie des Intendanten Carl Ebert und der musikalischen Leitung von Ar-

thur Rother. Die Hauptpartien sind mit Marco Rothmüller und Christel Goltz besetzt. Für Partien in Wagners „Ring“, der vollständig aufgeführt wird, ist Margret Harshaw von der Metropolitan gewonnen worden. Außerdem wird ein Gastspiel der Glyndebourne Festival und Opera mit Rossinis „Cerentola“ stattfinden. Drei Balletts bereitet Tatjana Gsovsky mit der Operntanzgruppe vor.

Die Bedeutung des Kirchentages

Als die größte gesamtdeutsche Veranstaltung seit 1945 bezeichnete Bundestagspräsident Ehlers den Evangelischen Kirchentag in Leipzig. Ehlers sprach auf einer Pressekonferenz in Bonn, auf der auch Bundesminister Dr. Tillmanns, die CDU/CSU-Abgeordnete Frau Dr. Jochims und Bausch sowie die SPD-Abgeordnete Metzger und Prof. Gülich über ihre in Leipzig gesammelten Erfahrungen und Eindrücke berichteten.

Ehlers sagte, der Kirchentag sei von einer hervorragenden politischen Bedeutung gewesen, auch wenn der kirchliche Charakter des Treffens nie durchbrochen worden sei.

Die Behörden der Sowjetzone hätten den Kirchentag hervor-

Komponist flüchtete

Der polnische Komponist und Dirigent Andrzej Panufnik hat die Gelegenheit eines Aufenthaltes in der Schweiz benutzt, um dem kommunistischen Regime seines Heimatlandes zu entfliehen. Er bat um Asyl im Westen.

Für Zonen-Gäste frei

Allen Gästen aus der Sowjetzone gewährt die Kurstadt Triebberg im Schwarzwald freien Eintritt zu den Veranstaltungen der Kurverwaltung. Die Stadt will den Besuchern aus der Sowjetzone auch für Kinovorstellungen und Omnibusfahrten Vergünstigungen verschaffen.

ragend gefördert. Die Frage bleibe natürlich offen, aus welchen Gründen dies geschah. Wenn die sowjetzonalen Behörden dabei mit dem Gedanken gespielt hätten, propagandistisches Kapital daraus zu schlagen, dann müßten sie einsehen, daß eine solche Bemühung von vornherein zum Fehlschlagen verurteilt gewesen sei.

Bundesminister Tillmanns meinte, die große politische Bedeutung des Kirchentages habe darin gelegen, daß „nichts Politisches dabei geschehen ist“.

Ost-Studium mit Stipendien

Das Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin richtet mit Beginn des Wintersemesters 1954/55 Studiengänge in Fächern der Osteuropaforschung ein, die ausschließlich für Volks- und Betriebswirte,

Juristen, Publizisten und politische Wissenschaftler mit abgeschlossener Hochschulbildung bestimmt sind. Das Studium dauert vier Semester und wird mit einer Abschlußprüfung beendet. Die Teilnehmer erhalten im allgemeinen ein Stipendium.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in ständ-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Buxenstein, GmbH.